

Eine sinnvolle Lösung?

Endlich grünes Licht für die Mutterschaftsversicherung?

Die zuständige Kommission des Ständerates hat an ihrer Sitzung vom 30. und 31. März die Mutterschaftsversicherung beraten. Sie hat die Vorlage des Bundesrates auf der Leistungsseite nur leicht verändert. Sie schlägt aber eine andere Finanzierung vor: Statt der vom Bundesrat vorgeschlagenen Lohnpromille sollen die Leistungen aus dem EO-Fonds finanziert werden (zusammen mit den EO-Leistungen). Sobald dieser Fonds auf einen halben Jahresbetrag gesunken ist, müssen (zusätzliche und zweckgebundene) Mehrwertsteuerpromille erhoben werden. Falls diese vom Volk verweigert würden, könnte der Bundesrat in eigener Kompetenz die benötigten Mittel durch Lohnprozente beschaffen.

Der SGB begrüsst diesen Entscheid der ständerätlichen Kommission. Die vorgeschlagene Finanzierung erleichtert die Einführung der Mutterschaftsversicherung, weil zu Beginn noch keine neuen Mittel erhoben werden müssen, und führt zudem den heute zu grossen - und auch mit Lohnprozenten der Frauen angehäuften! – Kapitalstock der EO wieder einer sinnvollen Verwendung zu. Auch die für später benötigten Mehrwertsteuerpromille sind sinnvoll.

Mit der Kompetenzdelegation an den Bundesrat hat die Kommission schliesslich Einsicht gezeigt und das von ihr selbst aufgestellte Hindernis der Volksabstimmung wieder weggenommen. Mit diesem Entscheid erhöhen sich die Chancen auf einen guten Ausgang dieser unwahrscheinlich langen Schwangerschaft.

Colette Nova.

Helvetische Typographia, 20.4.1998.
SGB > Mutterschaftsversicherung. 20.4.1998.doc.